

# Gleichberechtigte Familien? Eine Einleitung

Susanne Baer, Julia Lepperhoff

In der politischen Öffentlichkeit hat die Aufmerksamkeit für Familienpolitik in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Spätestens seit der Bundestagswahl im Jahre 2002 ist eine neue Fokussierung auf die »Familienfrage« feststellbar. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie steht relativ weit oben auf der politischen Agenda – als Thema nicht nur für Frauen, sondern für Frauen und Männer gleichermaßen, und neuerdings nicht nur im Streit zwischen häuslicher Betreuung und Kita, sondern ebenso mit Blick auf die Qualität von Erziehung. Auch die Frage nach den Kindern stellt sich deutlicher als zuvor – nun nicht nur als Frage nach dem Kindeswohl, sondern auch als bevölkerungspolitische Frage des demografischen Wandels. All das ist nicht ganz neu, denn bereits 1976 ließ die Bundesregierung die »Rolle des Mannes« und deren »Einfluß auf die Wahlmöglichkeiten der Frau« untersuchen (BMJFG 1976).

Mit dem dritten Band der Reihe »Gender *kompetent*« des GenderKompetenz-Zentrums an der Humboldt-Universität zu Berlin werfen wir die Frage nach dem Verhältnis zwischen Familie und Gleichstellung von Frauen und Männern auf. Gleichstellung ist sowohl politisch wie auch verfassungsrechtlich (mit Art. 3 Abs. 2 S. 2 des Grundgesetzes oder den Europäischen Verträgen) als Querschnittsaufgabe definiert – und insofern zwingender Bestandteil nicht nur, aber doch jedenfalls auch von Familienpolitik. Damit sind Fragen verbunden, die über die genannten Motive der heutigen »Anerkennung der Familienfrage« hinausreichen.

## 1 Motive familienpolitischer Initiativen

Familienpolitik speist sich aus zahlreichen Überlegungen. Ein Motiv ist der deutliche Geburtenrückgang und die positive Entwicklung der Lebenserwartung, die in Deutschland zur Wahrnehmung des demografischen Wandels als einem zentralen Problem der Zukunft geführt haben. Problematisiert wird dabei nicht nur die sich abzeichnende Erosion der sozialen Sicherungssysteme in ihrer jetzigen Form: Höhere Rentenausgaben sowie eine stärkere Inanspruchnahme von Gesundheits- und Pflegeleistungen stehen einer in bestimmten Arbeitsbereichen und einzelnen Regionen sinkenden Zahl von Erwerbspersonen gegenüber, die diese soziale Sicherung finanzieren sollen. Auch wird zunehmend über Strategien im Umgang mit Fachkräftemangel und alternden Belegschaften diskutiert, die angesichts des demografischen Wandels prognostiziert werden. Familienpolitik soll vor diesem Hintergrund vor allem neue Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie schaffen, um einerseits die Müttererwerbstätigkeit und die Teilhabe von Vätern an der Familienarbeit zu erhöhen und andererseits verbesserte gesellschaftliche Strukturen für die Realisierung von Kinderwünschen zu schaffen (dazu *Meier-Gräwe* und *Welp* in diesem Band). Damit wird in der Familienpolitik auch die bevölkerungspolitische Komponente gestärkt, die in Deutschland seit 1945 nur eine untergeordnete Rolle spielte. Bevölkerungspolitik steht allerdings auch immer in einem Spannungsverhältnis zu individuellen Selbstbestimmungsrechten und der Gleichberechtigung von Männern und Frauen. Was darf ein Staat tun, um Menschen zu motivieren, Kinder zu haben? Wo sind die Grenzen staatlichen Handelns, und wo beginnt die Selbstbestimmung? Und wie hängen familienpolitische Interventionen und Gleichstellungsvorgaben miteinander zusammen?

Neben den negativen Folgen einer zunehmend kinderlosen, alternden und kleiner werdenden Gesellschaft gibt es weitere Gründe für die Dringlichkeit, die der Familienpolitik gegenwärtig zugesprochen wird. Hier wird auch der Zusammenhang zwischen Familie und Gleichberechtigung deutlicher. So muss Familienpolitik an veränderte Familien- und Lebensverhältnisse angepasst werden. Dazu gehören stark gewandelte Vorstellungen zu Geschlechterrollen, zu Elternschaft und zur Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Gesellschaft. Der Wandel der Familienformen und der Wandel der Geschlechterverhältnisse geht in allen europäischen Staaten Hand in Hand: Es besteht ein enger Zusammenhang zwischen dem Prozess der Individualisierung und Pluralisierung von Familien- und Lebensformen und dem Wandel der Geschlechterverhältnisse, der sich nicht zuletzt in zunehmender Bildungsbeteiligung und Erwerbstätigkeit von Frauen sowie neuen

Geschlechterarrangements im Rahmen familialer Beziehungen ausdrückt. Die aktuelle Entwicklung in der Familienpolitik könnte damit als Prozess der »nachholenden Modernisierung« (so *Bertram* in diesem Band) verstanden werden, mit dem auf eine größere Vielfalt von Familienformen und Gleichstellungsforderungen in modernen Gesellschaften reagiert wird. Wer nicht an die Moderne als Garantin des Fortschritts glaubt, kann diese Entwicklung auch als Differenzierung eines Politikfeldes in Orientierung an gesellschaftlichen Realitäten beschreiben.

## 2 Ist Gleichstellung out?

Das Schicksal plötzlicher Prominenz, das die Familienpolitik ereilt hat, ist der Gleichstellungspolitik im engeren Sinne nicht widerfahren. Das hat mindestens zwei Gründe. Zunächst muss sich Gleichstellungspolitik in der politischen Öffentlichkeit immer wieder mit vehementer und im Regelfall polemisch-verkürzender, mit sexistischen Stereotypen operierender Kritik auseinandersetzen. Insbesondere die Strategie des Gender Mainstreaming, also der Gleichstellung als Querschnittsaufgabe, wurde in einigen Medien als bürokratischer Ansatz diskreditiert, mit dem eine Einmischung des Staates in die Privatsphäre von Frauen und Männern und ein Zwang zu neuen Geschlechterrollen in Arbeitswelt und Familie verbunden sei. Daneben werden die Erfolge und Potenziale einer solchen Strategie, die neben Frauen auch Männer als Adressaten von Gleichstellung anspricht, und die aufzeigt, wie rechtliche, politische und wirtschaftsbezogene Maßnahmen auf die Gleichstellung von Frauen und Männern wirken, kaum zur Kenntnis genommen.

Zudem muss Gleichstellung auch ihren Status als eigenständiges Politikfeld behaupten, das nicht in der Familienpolitik aufgeht. Die Frage danach, was genau Gleichstellungspolitik im Unterschied zu anderen Politiken ausmacht, ist zwingende Folge der Konzeption von Gleichstellung als Querschnittsaufgabe: Wenn Gleichstellung überall integriert ist, wo soll sie dann noch für sich bestehen? Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen, hat bei Gelegenheit betont, sie betrachte familienpolitische Reformen als zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Gleichstellung der Geschlechter. Daneben wird seit Langem auch in der Forschung diskutiert, inwiefern Arbeit – als Erwerbsarbeit, Fürsorgearbeit, Hausarbeit usw. in ihren vergeschlechtlichten Konstruktionen – von zentraler Bedeutung für die strukturelle Ungleichheit zwischen Männern und Frauen und damit auch für die Reformulierung von Familienpolitik ist. Fragen ließe sich auch, ob nicht Sexualität oder genauer: unsere Vorstellungen von letz-

lich sexualisierten Geschlechterrollen konstitutiven Charakter für familiäre Arrangements haben, also auch die tradierte Arbeitsteilung an diesen Rollen klebt, und Gleichstellungspolitik daher zentral gegen Rollenerwartungen und Geschlechterstereotypen angehen muss. Eine moderne Familienpolitik ist damit jedenfalls eine notwendige, keineswegs aber eine hinreichende Bedingung für eine erfolgreiche Gleichstellung von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft.

### 3 Zwingende Zusammenhänge

Gleichstellungspolitik reicht also über Familienpolitik hinaus und Familienpolitik kann ohne andere Politiken nicht gedacht werden. So bestehen engste Verknüpfungen zur Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Familienpolitik kann zudem wirtschaftspolitisch gewinnbringend gedacht werden (dazu *Rump und Eilers* in diesem Band). Ebenso augenfällige wie komplizierte Bezüge existieren zur Politik der Lebensgemeinschaften, die traditionell allein auf die Ehe beschränkt worden ist. Allgemeiner dürfte jede familienpolitische Positionierung zahlreiche Geschlechterstereotypen auf den Plan rufen, die sonst eher unbewusst regieren.

Die Gender Studies, die sich seit vielen Jahren mit dem evidenten Zusammenhang von Familie und Geschlechterverhältnissen befassen (z.B. ZtG 2003), verweisen denn auch auf tief liegende Zusammenhänge: Entscheidend ist hier die Sicht auf Öffentlichkeit und Privatheit. Die moderne Gesellschaft basiert maßgeblich darauf, dass sich familiäre Lebenswelten und die öffentlichen Sphären von Politik und Erwerb als dichotome Bereiche gegenüberstehen, wobei die Privatsphäre weitgehend durch Erfordernisse des öffentlichen Bereichs strukturiert wird. In diese Trennung von Öffentlichkeit und Privatheit ist eine Geschlechterordnung eingeschrieben, die auf der Ungleichbehandlung von Frauen und Männern beruht (Pateman 1988; Okin 1989; Fraser 1996; Kreisky 1999). Die komplementäre Verortung von Frauen in der häuslichen Sphäre und von Männern im Erwerbsleben und in der Politik geht historisch mit der Ausdifferenzierung von Geschlechterrollen sowie einer geschlechtlichen Arbeitsteilung einher (Bock/Duden 1977). In der bürgerlichen Gesellschaft wurde sie vor allem mit einer angeblich natürlichen Differenz von Frauen und Männern, dann auch mit unterschiedlichen Kompetenzen der Geschlechter begründet. Diskriminierende Stereotype, wie sie beispielsweise in der Personalentwicklung wirksam werden (dazu Baer/Englert 2006), und familienpolitische Leitbilder haben also viel miteinander zu tun und sind gesamtgesellschaftlich relevant.

Auch politisch-praktisch haben sich diese Erkenntnisse in zahlreichen Initiativen gleichstellungspolitischer Akteure und der neuen Frauenbewegung umgesetzt. Gefordert wurden immer wieder Reformen des Familienrechts, das dem Gleichheitssatz im Grundgesetz sukzessive angepasst wurde. Seit Langem wird argumentiert, dass das Ehegattensplitting gesellschaftlichen Erfordernissen nicht mehr gerecht wird und stattdessen tradierte Rollen zementiert. Desgleichen wurden immer wieder auch »private Fragen« veröffentlicht und damit politisiert, wie die Auseinandersetzungen um eine Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruchs oder das Tabuthema der häuslichen Gewalt zeigen. Von Bedeutung dürfte auch in Zukunft sein, den Zusammenhang zwischen Bewertungen von Haus- und Fürsorgearbeit und dem Lohngefälle am »Markt« der Erwerbsarbeit herauszustellen. Was nämlich insbesondere bei Frauen als weibliche Normalkompetenz erwartet wird, wird auch nicht entlohnt – so lässt sich ein Teil der Lohndiskriminierung erklären. Work-Life-Balance (dazu *Oechsle* in diesem Band) scheint in umfassenderem Sinne wichtiger zu werden.

#### 4 Handlungsbedarf

Dass familienpolitischer und gleichstellungspolitischer Handlungsbedarf besteht, ist nicht von der Hand zu weisen. Das belegen die Daten zur geschlechterdifferenzierten Teilhabe in Politik und Erwerbsleben und im Bereich von »Care« ebenso deutlich wie eindrucksvoll (BMFSFJ 2005; WSI 2005; Statistisches Bundesamt 2006). So liegt Deutschland im europäischen Vergleich immer noch auf den hinteren Plätzen, wenn es z.B. um die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen (Bundesregierung 2006; IAB 2006; DIW 2007; ILO 2004) oder um die Einkommensdifferenzen zwischen Frauen und Männern geht (BMFSFJ 2001; Kommission der Europäischen Gemeinschaften 2006). Auch die Verteilung der unbezahlten Arbeit in den Privathaushalten folgt nach wie vor weitgehend tradierten Mustern der geschlechtlichen Arbeitsteilung, die Frauen die Verantwortung für Haus- und Familienarbeit zuschreibt (so auch der 7. Familienbericht der Bundesregierung BMFSFJ 2006: 215f. mit Verweis u.a. auf Statistisches Bundesamt 2003; Eurostat 2005). Deutschland verfügt im Vergleich zu Frankreich, Schweden und Großbritannien über das geringste Volumen der Frauenerwerbstätigkeit und die größte Differenz im Verhältnis zum männlichen Erwerbsvolumen; zudem weist Deutschland deutliche Defizite bei der beruflichen Gleichstellung und der Lohngleichheit auf. Mit zunehmender Kinderzahl sinkt die Zahl weiblicher Beschäftigter stärker als in den Vergleichsländern, was auch zu relativ hohen Armutsraten von Frauen und Kindern beiträgt. Die Situa-

tion von Familien stellt sich, das belegen auch jüngste international vergleichende Studien (Rüling/Kassner 2007: 114ff.), als stark verbesserungswürdig dar.

## 5 Familie und Gender

Dazu kommt ein weiterer qualitativer Sprung: Familie ist auch ohne Gender nicht zu denken. Familienpolitik kommt nicht ohne den Blick auf andere Politikfelder aus und das Stichwort Familie wirft unmittelbar die Frage nach Geschlechterarrangements auf, aber darüber hinausgehend muss Familie im Kontext des verzweigten Netzes betrachtet werden, in dem sich Männer und Frauen orientieren. Gender benennt vor dem Hintergrund der Geschlechterdifferenzen ja auch die Intersektionalität (dazu Knapp 2005) zwischen Geschlecht und sozialer ebenso wie lokaler Herkunft, sexueller Orientierung und Lebensweisen, Alter, religiöser Verortung, körperlicher Befähigung und Behinderung – also Faktoren, die gesellschaftliche Chancen maßgeblich prägen. Auf der Grundlage einer Gender-Analyse lässt sich etwa die Initiative, Fürsorgearbeit in Mehrgenerationenhäusern zu organisieren, dann auch mit Blick auf die Bedürfnisse und Lebenslagen von alten und jungen Männern und Frauen, die ihnen zugeschriebenen Rollen, ihre individuellen Lebensformen und -partnerschaften, ihre kulturellen und religiösen Vorstellungen usw. denken. Dasselbe gilt für jede familienpolitische Intervention.

## 6 Gleichstellungsorientierte Familienpolitik

Familienpolitik ist gleichstellungsorientiert gestaltbar, wenn sie das Ziel der Gleichstellung systematisch und die Kategorie Gender umfassend in ihre Analysen integriert (zusammenfassend *Lepperhoff* in diesem Band). Das lässt sich auch auf der Grundlage internationaler Vergleiche für das Familienrecht zeigen (dazu *Schwenzer* in diesem Band, s.a. Simitis/Zenz schon 1975). Negativ formuliert: Familienpolitik darf eine auf Gleichstellung zielende Geschlechterpolitik nicht unterlaufen, indem sie zum Beispiel als pro-natalistische Familienpolitik den emanzipatorischen Anliegen bei der Gleichstellung von Frauen und Männern übergeordnet wird (u.a. Berger/Kahlert 2006: 10). So sehen manche konservative und kirchliche Akteure die Institution der Familie durch Gleichstellungspolitik gefährdet, perpetuieren damit aber lediglich eine Vorstellung von Familie, die innerfamiliäre Hierarchien und eine diskriminierende Arbeitsteilung von Frauen und Männern nicht in Frage stellt.

Deutlich wird zudem, dass weitere gleichstellungspolitische Handlungsfelder eröffnet sind, die nicht selten Wechselwirkungen mit der Familienpolitik aufweisen. So stehen das Grundrecht auf Gleichberechtigung in Art. 3 und der Schutz von Ehe und Familie in Art. 6 des Grundgesetzes in einem engen Zusammenhang (dazu *Berghahn* in diesem Band). In der Geschlechterforschung und in der gleichstellungspolitischen Praxis besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass Gleichstellung mehrere, eng miteinander verbundene Ziele verfolgt (*Berghahn* 2003: 49; *Cordes* 2004: 712f.; *Klein* 2006: 130ff.). Die Bundesregierung selbst hat in der Arbeitshilfe zur gleichstellungsorientierten Gesetzesfolgenabschätzung drei Ziele von Gleichstellung formuliert: den *Abbau von Diskriminierungen*, eine *gleiche Teilhabe* in allen gesellschaftlichen Bereichen und schließlich eine *echte Wahlfreiheit*, die Frauen und Männern eine von tradierten Rollenmustern freie, d.h. selbstbestimmte Lebensgestaltung garantiert (*BMFSFJ* 2005: 11; [www.genderkompetenz.info](http://www.genderkompetenz.info)). Zu diesem Zweck ist der Staat nicht nur gefordert, auf die Beseitigung formaler Ungleichheit zwischen Frauen und Männern hinzuwirken, sondern auch aktive Maßnahmen zur Umsetzung materieller, sprich tatsächlicher Gleichstellung auch mit Blick auf die Unterschiedlichkeit von Lebenslagen bei Frauen wie Männern (s.a. *Knapp* 2005; *Krell* 2004) zu ergreifen. Familienpolitik kann also als gleichstellungsorientiert gelten, wenn Diskriminierungsfreiheit, eine gleiche Teilhabe und echte Wahlfreiheit von Frauen und Männern in der Familie selbst, aber auch in allen gesellschaftlichen Bereichen durch rechtliche Regelungen und politische Maßnahmen ermöglicht und aktiv gefördert werden.

Was meint aber echte Wahlfreiheit mit Blick auf die Familie genauer? Zualtererst dürfen Rollenverteilungen, die zu einer höheren Belastung oder sonstigen Nachteilen für ein Geschlecht führen, durch staatliche Maßnahmen nicht verfestigt werden. Gleiche Teilhabe bezieht sich so vor allem auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen, einschließlich des Zugangs zu gesellschaftlichen Ressourcen. In der Familienpolitik berührt Chancengleichheit die Frage, welche Maßnahmen zur Erhöhung der Müttererwerbstätigkeit oder der Teilhabe von Männern an der Familienarbeit ergriffen werden, ebenso wie die Frage, wie Armutsprobleme, die Alleinerziehende und kinderreiche Familien in besonderem Ausmaß betreffen, bearbeitet werden und wie gesichert wird, dass Eltern gesellschaftlich partizipieren können, also mobil bleiben und auf zivilgesellschaftliche Angebote zurückgreifen können.

Dabei gibt Gleichstellungspolitik nicht vor, wie Menschen leben sollen. Frauen und Männern soll ein gleichermaßen selbstbestimmtes Leben ermöglicht werden. Niemand darf zur Anpassung an stereotype Vorstellungen von

»Männern« und »Frauen« gezwungen werden – unabhängig davon, ob sie »gut« oder »schlecht« gemeint sind. Durch Gleichstellung soll vielmehr die Vielfalt (»diversity«) von Lebenslagen und Lebensformen akzeptiert, ermöglicht und politisch unterstützt werden. Dies beinhaltet auch die Anerkennung der Gleichwertigkeit unterschiedlicher Familienformen einschließlich der Gleichstellung von heterosexuellen und homosexuellen ehelichen und nichtehelichen Partnerschaften hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten.

Zu diesen komplizierten und umstrittenen Fragen präsentiert das Gender-KompetenzZentrum im vorliegenden Band aktuelle wissenschaftliche Befunde. Im Mittelpunkt stehen der Wandel von Familien und Reformen in der Familienpolitik. So sollen die Diskussionen über deren gleichstellungspolitische Relevanz weiter gefördert und die Schnittmengen von Familien- und Gleichstellungspolitik genauer beleuchtet werden. Es gilt, die Gleichstellungsfrage in die Familienpolitik »zurückzuholen« und zu verdeutlichen, dass Fragen der Gleichstellung sich nicht auf die Familie reduzieren lassen. Diese Zielsetzung macht eine transdisziplinäre Perspektive erforderlich. Folglich finden sich hier Beiträge aus den Rechts- und Politikwissenschaften, aus (Mikro)Soziologie, Psychologie und Betriebswirtschaft, die zeigen, wie stark die vermeintlich als Ort von Privatheit betrachtete Familie durch rechtliche Normen, politische Steuerungsmodi und ökonomische Erfordernisse sowie individuelle Erwartungen und Prognosen strukturiert wird.

Der überwiegende Teil der in diesem Band versammelten Beiträge geht zurück auf die öffentliche Vortragsreihe der Gender Lectures zu »Familie und Gleichstellung – Einheit oder Widerspruch?«, die das GenderKompetenz-Zentrum in Kooperation mit dem Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien an der Humboldt-Universität zu Berlin im Wintersemester 2006/07 veranstaltet hat. Für Unterstützung dabei ist vorrangig Karin Hildebrandt, aber auch Eva-Maria Albert, Anna Hartung, Sebastian Scheele und Sophie Rosenbusch zu danken. Zudem danken wir Petra Schäfter für die redaktionelle Betreuung des Buches und Katharina Voß für die Erstübersetzung des Beitrags von Ingeborg Schwenzer.

## Literatur

- Baer, Susanne; Englert, Dietrich (Hrsg.), 2006:** *Gender Mainstreaming in der Personalentwicklung. Diskriminierungsfreie Leistungsbewertung im öffentlichen Dienst.* Bielefeld: Kleine Verlag.
- Berghahn, Sabine, 2003:** Ehegrundrecht versus Gleichberechtigung? Tendenzen der steuerlichen Verfassungsrechtsprechung zu Art. 6 Abs. 1 Grundgesetz. *Femina Politica* (12) 1: 46–55
- BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hrsg.) 2001:** Bericht zur Berufs- und Einkommenssituation von Frauen und Männern. Im Auftrag des BMFSFJ erstellt von der Bietergemeinschaft WSI in der HBS, INIFES, Forschungsgruppe Tondorf. Auch verfügbar unter [www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/PRM-19919-Bericht-Kurzfassung,property=pdf.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/PRM-19919-Bericht-Kurzfassung,property=pdf.pdf) (Download am 07.06.2007)
- BMFSFJ (Hrsg.), 2005:** Arbeitshilfe zu § 2 GGO: »Gender Mainstreaming bei der Vorbereitung von Rechtsvorschriften.« (Geschlechterdifferenzierte Gesetzesfolgenabschätzung). Berlin. Auch verfügbar unter [www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/gm-arbeitshilfe-gesetzesfolgenabschaetzung,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung4/Pdf-Anlagen/gm-arbeitshilfe-gesetzesfolgenabschaetzung,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf) (Download am 07.06.2007)
- BMFSFJ (Hrsg.), 2005:** *Gender-Datenreport. 1. Datenreport zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Bundesrepublik Deutschland.* Hrsg. von Waltraud Cornelissen, im Auftrag des BMFSFJ erstellt vom Deutschen Jugendinstitut in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt. Berlin. Eine 2. Fassung mit Stand vom November 2005 ist auch verfügbar unter [www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/01-Redaktion/PDF-Anlagen/gesamtdokument,property=pdf,bereich=genderreport,rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/Publikationen/genderreport/01-Redaktion/PDF-Anlagen/gesamtdokument,property=pdf,bereich=genderreport,rwb=true.pdf) (Download am 07.06.2007)
- BMFSFJ (Hrsg.), 2006:** *Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit: Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik.* Siebter Familienbericht. Drucksache 16/1360. Berlin: BMFSFJ. Auch verfügbar unter [www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/siebter-familienbericht,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Abteilung2/Pdf-Anlagen/siebter-familienbericht,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf) (Download am 07.06.2007)
- BMJFG (Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit) (Hrsg.), 1976:** *Die »Rolle des Mannes« und ihr Einfluß auf die Wahlmöglichkeiten der Frau. Eine empirische Untersuchung des Instituts für angewandte Sozialwissenschaft.* Stuttgart u.a.: Kohlhammer
- Bock, Gisela; Duden, Barbara, 1977:** Arbeit aus Liebe – Liebe als Arbeit: Zur Entstehung der Hausarbeit im Kapitalismus. *Frauen und Wissenschaft: Beiträge zur Berliner Sommeruniversität für Frauen Juli 1976.* Berlin, S. 118–199
- Bundesregierung, 2006:** Zweite Bilanz der Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Spitzenverbänden der Deutschen Wirtschaft zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft. *Frauen in Führungspositionen.* Berlin. Auch verfügbar unter <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/2.-bilanz-chancengleichheit,property=pdf,bereich=,rwb=true.pdf> (Download am 07.06.2007)

- Cordes, Mechthild, 2004:** Gleichstellungspolitiken: Von der Frauenförderung zum Gender Mainstreaming. In: Becker, Ruth; Kortendieck, Beate (Hrsg.): *Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, S. 712–720
- Berger, Peter A.; Kahlert, Heike, 2006:** Das »Problem« des demographischen Wandels. In: dies. (Hrsg.): *Der demographische Wandel. Chancen für die Neuordnung der Geschlechterverhältnisse*. Frankfurt a.M.: Campus, S. 9–24
- DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung), 2007:** Spitzenpositionen in großen Unternehmen fest in der Hand von Männern. DIW-Wochenbericht vom 14.02.2007, (74) 7: 89–97
- Eurostat, 2005:** Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Unterschiede zwischen Frauen und Männern. Auch verfügbar unter [epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_OFFPUB/KS-NK-05-004/DE/KS-NK-05-004-DE.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-NK-05-004/DE/KS-NK-05-004-DE.PDF) (Download am 07.06.2007)
- Fraser, Nancy, 1996:** Die Gleichheit der Geschlechter und das Wohlfahrtssystem: Ein postindustrielles Gedankenexperiment. In: Nagl-Docekal, Herta; Pauer-Studer, Herlinde (Hrsg.): *Politische Theorie, Differenz und Lebensqualität*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 469–498
- IAB (Institut für Arbeits- und Berufsforschung), 2006:** Frauen in Führungspositionen: An der Spitze ist die Luft dünn. IAB-Kurzbericht vom 24.02.2006, 2. Auch verfügbar unter [doku.iab.de/kurzber/2006/kb0206.pdf](http://doku.iab.de/kurzber/2006/kb0206.pdf) (Download am 07.06.2007)
- ILO (International Labor Office), 2004:** Breaking through the glass ceiling. Women in management. Genf. Auch verfügbar unter [www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/-/-dgreports/-/-dcomm/documents/publication/kd00110.pdf](http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/-/-dgreports/-/-dcomm/documents/publication/kd00110.pdf) (Download am 07.06.2007)
- Klein, Uta, 2006:** *Geschlechterverhältnisse und Gleichstellungspolitik in der Europäischen Union. Lehrbuch*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften
- Knapp, Gudrun-Axeli, 2005:** »Intersectionality« – ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur Transatlantischen Reise von »Race, Class, Gender«. *Feministische Studien* (23) 1: 68–81
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften, 2006:** Bericht der Kommission an den Rat, das europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen zur Gleichstellung von Frau und Mann 2006. KOM (2006)71 vom 22.02.2006. Brüssel. Auch verfügbar unter [eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006\\_0071de01.pdf](http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/com/2006/com2006_0071de01.pdf) (Download am 07.06.2007)
- Kreisky, Eva, 1999:** Wider verborgene Geschlechtlichkeit. Die maskuline Unterseite politischer Gerechtigkeitsdiskurse. In: Dornheim, Andreas; Franzen, Winfried; Thumfart, Alexander; Waschkuhn, Arno (Hrsg.): *Gerechtigkeit. Interdisziplinäre Grundlagen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 168–207
- Krell, Gertraude, 2004:** Managing Diversity und Gender Mainstreaming. Ein Konzeptvergleich. *Sozialwissenschaften und Berufspraxis* (27) 4: 367–376
- Okin, Susan M., 1989:** *Justice, gender and the family*. New York: Basic Books
- Pateman, Carol, 1988:** *The sexual contract*. Stanford: Stanford University Press
- Rüling, Anneli; Kassner, Karsten, 2007:** Familienpolitik aus der Gleichstellungsperspektive. Ein europäischer Vergleich. Friedrich-Ebert-Stiftung. Forum Politik und Gesellschaft. Auch verfügbar unter [//library.fes.de/pdf-files/do/04262.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/do/04262.pdf) (Download am 07.06.2007)

- Simitis, Spiros; Zenz, Gisela (Hrsg.), 1975:** *Seminar: Familie und Familienrecht*. Band 1. Frankfurt a.M.: Suhrkamp
- Statistisches Bundesamt, 2003:** *Wo bleibt die Zeit? Die Zeitverwendung der Bevölkerung in Deutschland 2001/02*. Wiesbaden. Auch verfügbar unter [www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/wbdz.pdf](http://www.destatis.de/presse/deutsch/pk/2003/wbdz.pdf) (Download am 07.06.2007)
- Statistisches Bundesamt, 2006:** *Frauen in Deutschland*. Wiesbaden. Auch verfügbar unter [www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1018095](http://www-ec.destatis.de/csp/shop/sfg/bpm.html.cms.cBroker.cls?cmspath=struktur,vollanzeige.csp&ID=1018095) (Download am 07.06.2007)
- WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung), 2005:** *FrauenDatenReport. Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen*. Hrsg. von Silke Bothfeld, Ute Klammer, Christina Klenner, Simone Leiber, Anke Thiel, Astrid Ziegler. Berlin: edition sigma
- ZtG (Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien der Humboldt-Universität zu Berlin) (Hrsg.), 2003:** *Warum noch Familie? Bulletin 26*. Berlin: ZtG